

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 170 (2004)  
**Heft:** 7-8

**Artikel:** Nation Building ohne Rücksicht auf Kultur und Religion  
**Autor:** Stahel, Albert A.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-69244>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Die Veranstaltung zum Thema «Nation-Building» fand im neuen Zentrum des Lilienberg Unternehmerforums in Ermatingen/TG statt.

Fotos: Fritz Brand

1990er-Jahre doch vorangekommen; in den Kampfjahren sei die Feindseligkeit zwischen den ethnischen Gruppierungen noch stärker gewesen als heute.

Zu Afghanistan merkt die Rand-Untersuchung an, das Engagement der Vereinigten Staaten und der internationalen Gemeinschaft halte sich in Grenzen: «Im Kosovo setzten Washington und die Verbündeten viel mehr Geld und bedeutend mehr Truppen ein.» Als schwierig stufen die Rand-Forscher die Lage im Irak ein. Als zentrales Problem bezeichnen sie die geschichtlichen Vorbelastungen: die fehlende

demokratische Tradition, die ethnisch-religiösen Spannungen, das organisierte Verbrechen und die schwache Mittelschicht.

### «Langes Abenteuer» Irak

Der amerikanischen Führung prophezeit Rand im Irak ein «langes Abenteuer»: «Die Irakintervention wird für längere Zeit umfangreiche finanzielle, personelle und diplomatische Ressourcen binden». Die USA könnten es sich nicht leisten, «die Arbeit halb gemacht liegen zu lassen.» Die

Frage laute nicht, wie schnell die amerikanischen Truppen abzögen, sondern vielmehr, «wie schnell und bis zu welchem Punkt sie die Regierungsgewalt mit den Irakern und der internationalen Gemeinschaft teilen und gleichzeitig genügend Einfluss behalten, um den Übergang zu einer geregelten Ordnung zu gewährleisten».

Andere als die acht genannten Beispiele – Kambodscha etwa oder Osttimor oder Mosambik – analysiert die Rand Corporation nicht. Zu den Schwächen der Studie gehört, dass die betreffenden Völker fast nur am Rande vorkommen; verschwiegen wird die Rolle der grossen amerikanischen Firmen, die in den (wieder)aufzubauenden Nationen zum Teil ihre eigenen Interessen verfolgen.

Eine Analyse der Lage in Afghanistan gibt Professor Stahel im neuen Newsletter für den ASMZ-Gönnerverein<sup>2</sup>. Nach seiner Beurteilung hat die Präsenz der International Security and Assistance Force (ISAF) die Lage in der Hauptstadt Kabul nicht verbessert. Das Gesundheitswesen und die hygienischen Zustände seien immer noch ungenügend, wenn nicht sogar katastrophal. Viele Afghanen lebten unter dem Existenzminimum, und Kriegswitwen mit Kindern müssten betteln. Im Vergleich dazu präsentiere sich die Stadt Herat im Westen von Afghanistan besser.

Stahel macht nicht allein die Vereinigten Staaten für die afghanische Tragödie verantwortlich. Er weist auf die Mudschaheddin hin, die in ihrem Bürgerkrieg von 1993/94 das Land ruiniert hätten. Zwar habe sich die Sicherheit der Bevölkerung verbessert, aber es werde immer noch Krieg geführt. Die Amerikaner führten ihren Jagdkrieg im Osten des Landes, und in den Grenzprovinzen zu Pakistan kämpften Drogenhändler gegen die amerikanischen Truppen und die Regierung von Kabul.

Hin und wieder seien auch die Taliban aktiv, die sich im Paschtunengebiet wie der Fisch im Wasser verhielten. Der frühere Kriegsherr Gulbuddin Hekmatyar intrigiere vom pakistanischen Peshawar aus gegen Kabul und die Amerikaner. Gleichzeitig seien die Kriegsherren der ehemaligen Nordallianz mit Panzern, Artillerie und Raketen hoch gerüstet. Diese diffuse Situation könnten weder die Amerikaner noch die ISAF-Truppen meistern. Die Vereinigten Staaten gössen mit ihrem rücksichtslosen Vorgehen Öl ins Feuer.

Ein scharfes Licht wirft Stahel auf den Drogenhandel. Auf Grund des Mohnanbaus beliefere Afghanistan heute zu 85 Prozent den Heroinmarkt Europas. Die Drahtzieher sässen im benachbarten Ausland, aber auch in Europa. Eine wirksame

<sup>2</sup>Stahel Albert: Afghanistan. Nation-Building à l'américaine. Newsletter Nr. 7. Gönnerverein «Freunde der ASMZ» 2004.

#### Das ASMZ-Wort zum Monat

## Nation-Building ohne Rücksicht auf Kultur und Religion

In den vergangenen 20 Jahren sind viele Staaten Afrikas und Asiens in Kriege verwickelt worden. Diese Kriege wurden vielfach durch Nachbarstaaten angezettelt, mit dem Ziel, die Ressourcen des betroffenen Staates auszurauben. Gesellschaften, Infrastruktur, Gesundheitswesen und Bildungseinrichtungen wurden als Folge dieser Kriege zerstört. Beispiele dafür sind Afghanistan, Ost-Timor, die Demokratische Republik Kongo und Angola. Diese zerstörten Staaten werden in der amerikanischen Terminologie auch als «failed state» bezeichnet.

Nachdem diese Zerstörungswerke vollbracht worden sind, ist eine Art Friedensruhe eingetreten. UNO, NGOs und andere Hilfsorganisationen besinnen sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe, die der Hilfe an zerstörte Staaten und ihre Bewohner. Dieser Wiederaufbau wird mit einem weiteren modernen Begriff, dem des «Nation-Building» umschrieben.

Nation-Building ist heute sehr populär. In beeindruckender Zahl werden umfangreiche Geldmittel für die zerstörten Staaten und ihre Menschen durch die Weltgemeinschaft gesprochen. Das Geld erhalten in der Regel Hilfsorganisationen oder grosse Unternehmen für ihre Projekte. Am Wiederaufbau sind auch militärische Einheiten beteiligt. Zum Wiederaufbau gehört auch der Aufbau neuer Streitkräfte. Für den Aus-

senstehenden erscheint alles sehr positiv, bis plötzlich nach einer gewissen Zeit, wie im Falle des Kosovo, beinahe als Eruption Gewalt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausbricht. Dies löst bei den internationalen Organisationen Ratlosigkeit und Zweifel aus. An den Gründen für das Scheitern wird gerätselt. Ein Blick auf den Beginn des Wiederaufbauprogramms würde allerdings sehr schnell die Ursachen dafür aufzeigen: Beinahe alle Nation-Building-Projekte der letzten zehn Jahre haben ohne eine vertiefte Analyse der Kultur, der Werte und Religion der zerstörten Staaten begonnen. So sind sowohl Afghanistan wie auch dem Irak Verfassungen verordnet worden, die keine Rücksicht auf Religion und Kultur dieser Staaten nehmen. Es ist für jedermann offensichtlich, dass das multi-ethnische Afghanistan nicht durch einen Präsidenten regiert werden kann, dessen Befugnisse jenen eines Präsidenten der USA entsprechen, oder die schiitische Gemeinschaft des Iraks wird sich nicht einem westlichen Rechtssystem unterwerfen. Sollten nicht aus dem gescheiterten Kosovo-Projekt die entsprechenden Lehren gezogen werden, dann dürften auch die Nation-Building-Projekte Irak und Afghanistan aufgrund falscher Rezepte fehlschlagen. Jeder Mensch hat gemäss UNO das Recht, in seiner eigenen Kultur und Religion zu leben. Albert A. Stahel